Stadt Gütersloh

Der Bürgermeister

B e r a t u n g s e r g e b n i s

der 19. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 23.01.2017

11. Haushalt 2017:
Teilpläne der Budgetbereiche 09 „Personalrat“ und des Fachbereichs 10 "Personal und Organisation sowie Zentralveranschlagungen Versorgung u. Beihilfe“
-DS-NR.: 12/2017-

Herr Schulz schlägt vor, die Teilpläne einzeln durchzugehen und zu beschließen.

Teilplan 09

Keine Wortmeldungen

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt den Teilplan des Personalrates bestehend aus dem Teilergebnisplan und dem Teilfinanzplan einschließlich der darin enthaltenen Produkte, Ziele und Kennzahlen sowie investiven Maßnahmen und empfiehlt dem Rat die Übernahme des Teilplanes bei Verabschiedung des Gesamthaushaltes.

Ergebnis:
Einstimmig beschlossen

Teilplan 10

Frau Niemann-Hollatz bittet um Informationen zu dem Ansatz von 266.000 € für die Neu- und Ersatzbeschaffung von Hard- und Software im Investitionsprogramm (S. 428).

Herr Schulz antwortet, die Erneuerung von Hardware sei nicht in jedem Jahr exakt linear. Es gebe eine detaillierte Auflistung über die Beschaffungen. Es seien noch keine Investitionen für den Masterplan IT enthalten.

Herr Schlepphorst ergänzt, es sei eine hohe Zahl Ersatzbeschaffungen von Servern erforderlich. Unter anderem seien auch Kosten für den Internet-Relaunch von 44.000 € und 30.000 € für Software zur Stellenbewertungs-und Bedarfsanalyse enthalten.

Herr Morkes regt zur Position Dienstleistungen Dritter für IT (S. 105) an, die Verwaltung solle sich dem Wettbewerb stellen und über Dienstleistungen von anderen Anbietern nachdenken. Er erkundigt sich nach der Steigerung der Fernmeldegebühren und der Mitgliedsbeiträge (S. 106).

Herr Schulz weist darauf hin, die Regio IT bekomme nicht automatisch einen Auftrag. Ein Inhouse Geschäft durchzuführen, sei manchmal ein Vorteil. Die Verwaltung prüfe in jedem Einzelfall die Wirtschaftlichkeit. Die Stadt sei an der Regio IT beteiligt und habe auch ein Interesse daran, ein kompetentes Unternehmen zu haben. Es sei auch sinnvoll, dass man Personen mal ansprechen könne, ohne einen Auftrag zu vergeben. Die Regio IT stelle insofern auch Kompetenz dar. Man könne auch Einfluss ausüben, weil man beteiligt sei. Die Politik könne darauf vertrauen, dass es kein selbstlaufender Mechanismus sei. Die Telefonkosten enthielten Datenflatrates, und für die Bereitstellung von Freifunk seien zusätzliche DSL-Anschlüsse erforderlich gewesen. Die Beiträge zu kommunalen Spit-

zenverbänden seien satzungsgemäß. Es sei unüblich für eine Stadt in der Größenordnung von Gütersloh, dass sie nur in einem Spitzenverband verankert sei, der sich tendenziell eher den kleineren Kommunen widme. Der Verwaltungsvorstand habe beraten, dass es ein sinnvolles Instrument wäre, parallel eine sogenannte Probemitgliedschaft im Deutschen Städtetag für 2 Jahre im Haushalt zu verankern. Mit dem Ziel, zu schauen, ob ggf. eine weitere Mitgliedschaft qualitativ sinnvoll sei. Man zahle in der Zeit den halben Beitrag. Das Ergebnis sei vollkommen offen, er wolle keinen Austritt aus dem Städte- und Gemeindebund bekannt geben. Wenn man dann dem Deutschen Städtetag beitreten wolle, sei ein grundlegender Ratsbeschluss erforderlich.

Herr Morkes fragt, ob auch Mitgliedsbeiträge von Kulturinitiativen enthalten seien.

Herr Kimpel bestätigt das.

Frau Niemann-Hollatz erklärt, sie finde eine Probemitgliedschaft im Deutschen Städtetag richtig. Es sei besser, sich mit den großen Städten auszutauschen. Sie fühle sich manchmal bei Diskussionen im Städte- und Gemeindebund fehl am Platze.

Herr Kalley schlägt vor, für den IT-Bereich auch die Regiopole zu nutzen.

Frau Fiekas bittet um Informationen zu den erhöhten Porto- und Paketkosten (S. 106).

Herr Schlepphorst erklärt, die Mehrkosten seien durch 2 Wahlen im Jahr 2017 begründet.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt den Teilplan des Fachbereichs Personal und Organisation sowie Zentralveranschlagungen Versorgung und Beihilfe bestehend aus dem Teilfinanzplan einschließlich der darin enthaltenen Produkte, Ziele und Kennzahlen sowie investiven Maßnahmen und empfiehlt dem Rat die Übernahme des Teilplanes bei Verabschiedung des Gesamthaushaltes.

Ergebnis:
Einstimmig beschlossen mit 2 Enthaltungen (2 BfGT)